

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Die deutsche G7-Präsidentschaft nutzen – In schwierigen Zeiten Führung zeigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit seiner Gründung im Jahr 1975/1976 dient der Zusammenschluss der sieben größten, demokratischen Industrienationen „G7“ als wichtiges Forum der internationalen Kooperation und Steuerung gemeinsamer Politiken. Während die Wirtschafts- und Finanzpolitik ursprünglich im Mittelpunkt stand, rückten in den vergangenen Jahren die Außen- und Sicherheits-, aber auch die Entwicklungs- und Klimapolitik mit der Suche nach gemeinsamen Antworten auf die zunehmenden vielfältigen globalen Herausforderungen und Krisen immer stärker ins Zentrum der Politik der G7.

Die G7-Staaten teilen Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Ihre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen stellen die Freiheit und die Rechte des Individuums in den Mittelpunkt. Für die internationale Ordnung der Staatenwelt sehen sie eine funktionierende, von allen Seiten respektierte werte- und regelbasierte Ordnung als existenziell an.

Dieses gemeinsame Fundament der G7 wird von autoritären und antidemokratischen Regimen von außen und Bewegungen von innen in Frage gestellt und angegriffen. Sie versuchen, unsere Werte und Gesellschaftsmodelle zu diskreditieren, unsere Gesellschaften zu unterwandern und unsere Institutionen zu delegitimieren.

Wichtige Initiativen zur internationalen Krisendiplomatie wurden im G7-Rahmen entwickelt oder indossiert, so z. B. das Normandie-Format zur Stabilisierung der Ukraine-Krise, die internationale Allianz gegen den IS oder die Bemühungen zur diplomatischen Lösung der Libyen-Krise.

Immer wieder standen die Herausforderungen in Afrika im Mittelpunkt der Gespräche. Gemeinsam im G7-Kreis wurden erhebliche Mittel mobilisiert, um Entwicklungsschritte in Afrika mit dem Ziel zu erreichen, die Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse dort zu verbessern und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und Mädchen zu verbessern.

Beim vergangenen G7-Gipfel in Carbis Bay/Vereinigtes Königreich im Juni 2021 vereinbarten die Staats- und Regierungschefs u. a., sich neuen Herausforderungen aus dem Cyberraum sowie dem Weltraum entschiedener zu widmen und entgegenzustellen. Sie vereinbarten, gemeinsam und entschlossener bei der Lösung aktueller Krisen voranzuschreiten, u. a. der Gefahr durch eine fortschreitende Nuklearisierung Nordkoreas, dem fortgesetzten Aushöhlen demokratischer und rechtstaatlicher Standards, dem

fortgesetzten Kampf gegen den IS, aber auch beim Umgang mit den wachsenden Herausforderungen durch China (vgl. Abschlusskommuniqué des Gipfels: www.g7uk.org/wp-content/uploads/2021/06/Carbis-Bay-G7-Summit-Communique-PDF-430KB-25-pages-3-1.pdf). Das Vereinigte Königreich hat seine G7-Präsidentschaft in besonderer Weise dazu genutzt, die G7 als Gegengewicht zu autoritären und autokratischen Staaten zu positionieren.

Bei ihren Beratungen haben die Staats- und Regierungschefs einmal mehr ein klares Bekenntnis für freien Handel und gegen Protektionismus abgegeben.

Die Erwartungen an die Bundesrepublik Deutschland, sich international aktiv und mit dem gesamten Instrumentenkasten – diplomatisch, humanitär, entwicklungspolitisch und militärisch – einzubringen und Fortschritte auf Basis der Beschlüsse des letzten G7-Gipfels in Cornwall zu erreichen, ist stetig gestiegen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat sich in den vergangenen 16 Jahren eine enorme Reputation und Glaubwürdigkeit auf der gesamten Welt erworben. Sie hinterlässt ein großes Vakuum, das es möglichst schnell zu füllen gilt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bevorstehende G7-Präsidentschaft zu nutzen, um diesen einzigartigen weltweiten Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken;
2. gemeinsam im Verbund demokratische Staaten auch außerhalb des Zusammenschlusses der G7 zu unterstützen;
3. die G7 als Nukleus einer weltweiten „Allianz der Demokratien“, die ihre gemeinsamen Werte gegen autokratische Ansprüche verteidigt, auszubauen und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft Großbritanniens anzuknüpfen;
4. die Kräfte und Ressourcen der G7-Staaten bei der Überwindung der COVID-Pandemie und ihrer Folgen zu bündeln und bei der Bewältigung der Pandemie weltweit einzusetzen. Den G7-Staaten kommt aufgrund ihrer finanziellen, industriellen und technologischen Stärke eine besondere Verantwortung im Kampf gegen COVID und dessen Folgen zu. Zugleich muss es Anspruch der G7 sein, den Versuchen autoritärer Regime mit eigenen Beiträgen zu begegnen, die aus der Pandemie entstandenen Nöte u. a. durch eine öffentlichkeitswirksame, aber wenig nachhaltige „Impfdiplomatie“ als Werbung für ihr Ordnungssystem zu missbrauchen;
5. den G7-Verbund in stärkerem Maße als bisher dazu zu nutzen, gemeinsame Standards bei neuen Technologien sowie im Cyberraum zu setzen, damit regelgebundene Standards weiterhin zum Nutzen der gesamten internationalen Gemeinschaft wirken können;
6. die G7-Präsidentschaft zu nutzen, um entscheidende Impulse zur Lösung internationaler Krisen zu geben, nicht zuletzt zur Stabilisierung Libyens, Beendigung des Krieges im Jemen, Stabilisierung der Sahel-Zone, Linderung der humanitären Krise in Afghanistan sowie zur Bekämpfung des Terrorismus im Irak und in Syrien ebenso wie in Teilen Afrikas;
7. gerade während der deutschen G7-Präsidentschaft, aber auch danach, Führung und Verantwortung zu übernehmen, insbesondere, sich weiterhin substantiell und robust an Stabilisierungs- und Terrorismusbekämpfungsmissionen im Sahel, im Irak, im Kosovo und in weiteren Regionen zu beteiligen sowie weiterhin substantiell humanitäre Hilfe dem VN-System und weiteren nichtstaatlichen Organisationen, wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, zur Verfügung zu stellen, um Menschen in Krisenregionen in größter Not zu unterstützen und vor Ort frühzeitig Fluchtursachen zu bekämpfen;

8. gemeinsam im Zusammenschluss der G7 multilaterale Institutionen (darunter die VN, NATO, EU, OSZE, WTO, WHO) zu stärken und in ihrer Tätigkeit noch handlungsfähiger zu machen;
9. die im Gipfelkommuniqué von Carbis Bay vereinbarte „Build Back Better“-Initiative, die Infrastrukturinvestitionen in Drittstaaten als Alternative zur chinesischen „Belt and Road“-Initiative anbieten soll, aufzugreifen und hierfür substanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen bzw. zu mobilisieren und an einer kohärenten Koordinierung innerhalb der EU und der G7 mitzuwirken; darauf hinzuwirken, dass die von der EU-Kommission vorgestellte „Global Gateways Partnerships“-Initiative an diesen Zielen ausgerichtet wird;
10. sich dem Bekenntnis zu freiem Handel als wesentlichem Gestaltungselement einer regelbasierten internationalen Ordnung verpflichtet zu sehen und infolgedessen schnellstmöglich das umfassende Handelsabkommen zwischen der EU und dem G7-Mitglied Kanada (CETA) zu ratifizieren, damit die Unternehmen auf beiden Seiten vollständige Rechtssicherheit haben und von den Vorteilen des Abkommens vollumfänglich profitieren können;
11. sich ebenso für eine schnellstmögliche Ratifikation des umfassenden Handelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur-Raum einzusetzen, an dem Deutschland und Europa ein überwältigendes geostrategisches Interesse haben, und beispielgebend mit einer Ratifikation des ausgehandelten Abkommens durch Deutschland voranzugehen;
12. die laufenden Handelsverhandlungen der EU mit wichtigen Partnern wie Australien, Neuseeland, Mexiko und Chile, der ASEAN-Gemeinschaft und weiteren Partnern kraftvoll zu unterstützen und zu einem raschen Abschluss zu bringen;
13. auf eine gemeinsame Positionierung hinzuarbeiten, wie künftig mit der Frage von Schuldenerleichterungen oder -erlassen für Entwicklungsländer, deren Schuldentragfähigkeit nicht mehr gegeben ist, umgegangen werden soll, wobei sicherzustellen ist, dass private und sogenannte neue Geber bei künftigen Maßnahmen mit eingebunden werden;
14. die führende Rolle Deutschlands bei der Stärkung der Globalen Gesundheit dazu zu nutzen, dieses wichtige Thema zu einem Schwerpunkt der G7-Präsidentschaft zu machen, um abgestimmt die notwendigen Maßnahmen zur weltweiten Beendigung der COVID-19-Pandemie, einschließlich der notwendigen Impfungen der Bevölkerung in armen Ländern und der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme, zu ergreifen, die Weltgesundheitsorganisation strukturell und finanziell auch künftig verlässlich zu stärken, um zur Vorbeugung weiterer Pandemien beizutragen;
15. weiterhin für die Einhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung weltweit einzutreten und sich dafür mit diplomatischen und sicherheitspolitischen Instrumenten zu engagieren, so z. B. durch die Entsendung von Marineverbänden zur Wahrung des Rechtes auf freie Seefahrt im Indo-Pazifik oder im Schwarzen Meer. Grundsätzlich muss die Unterstützung der G7 der Wahrung der souveränen Rechte und territorialen Integrität aller Staaten gelten;
16. sich für die Gründung eines internationalen Klimaclubs einsetzen. Der Gründungs- und Ausweitungsprozess könnte von der Europäischen Union mit den USA und Großbritannien und im G7-Rahmen besprochen und anschließend auf G20-Ebene ausgeweitet werden. Ziel müssen ein Fahrplan zur Erfassung von CO₂ und CO₂-Preisen und eine Abstimmung der Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage werden. Für den Beitritt weiterer Länder sollte mit Unterstützungsangeboten zur Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzziele, inklusive Kapazitätsaufbau, Technologietransfer und Klimafinanzierung speziell für Entwicklungsländer, geworben werden;

17. die G7-Präsidentschaft zu nutzen, um neben den bereits angekündigten Initiativen für mehr Klimaschutz verbindliche Fortschritte auch auf anderen Handlungsfeldern der Umweltpolitik, insbesondere dem Ressourcenschutz und der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft, zu erreichen;
18. die G7-Präsidentschaft zu nutzen, um die Förderung von existenziellen Werten wie Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit insgesamt noch stärker in den Fokus der internationalen Politik zu stellen;
19. die Sicherung der Welternährung weiterhin als Schwerpunktaufgabe der G7 zu sehen und dafür verantwortungsvolle Investitionen in die Wertschöpfungsketten der Land- und Ernährungswirtschaft zu mobilisieren sowie Innovationen, unter anderem neue molekularbiologische Züchtungstechnologien, die Ernten vor dem Hintergrund des Klimawandels stabil halten können, aus ideologischen Gründen nicht bereits im Vorfeld abzulehnen;
20. in die Instrumente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu investieren, so dass Deutschland glaubwürdig und wirksam den Vorsitz der G7 wahrnehmen und dabei selbst praktisches Engagement zeigen kann. Dazu gehört die Umsetzung der schon vor Jahren gegebenen deutschen Zusagen,
 - a. im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Quote von 0,7 Prozent für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) – wie 2020 von Deutschland erreicht bzw. übertroffen – auch künftig einzuhalten,
 - b. im Rahmen der NATO das 2-Prozent-Ziel zu erreichen und
 - c. in der EU die PESCO-Vereinbarungen zu steigenden Mitteln für Verteidigung umzusetzen.

Hier braucht es die Formulierung eines klaren und transparenten Weges durch die Bundesregierung schon bei der Verabschiedung des endgültigen Haushalts 2022, in welchem Zeitrahmen die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt, wofür sie eingeplant und wann investiert werden sollen.

Berlin, den 25. Januar 2022

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion